

Feine Unterschiede

Vorabdruck: Nationalistischer Neoliberalismus, libertärer Autoritarismus, Nationalkonservatismus und Faschismus: Zur sozioökonomischen Programmatik unterschiedlicher Strömungen der Rechten

Von Joachim Becker

→ **In diesen Tagen erscheint Heft 146** der Zeitschrift *Z. Marxistische Erneuerung*. Wir veröffentlichen daraus redaktionell gekürzt und mit freundlicher Genehmigung des **Autors und der Herausgeber den Beitrag von Joachim Becker. Die Hefte von Z können bestellt werden unter: zeitschrift-marxistische-erneuerung.de** (jW)

Der Neoliberalismus entstand in der Zwischenkriegszeit als Reaktion auf ein zeitweiliges Erstarken linker und sozialliberaler Strömungen, das zu einem Ausbau der Sozialstaatlichkeit führte. In der Frontstellung gegen Sozialdemokratie, Ausbau der Sozialstaatlichkeit sowie keynesianische Wirtschaftspolitik hat sein Wiedererstarken in den 1970er Jahren Parallelen. Seine nationalistische Variante zeichnet sich zudem durch ein ambivalentes Verhältnis zur europäischen Integration aus. Diese negativen Bezugspunkte schlagen sich in seinen Konzeptionen nieder.

Staatsprojekt: Bereits bei Entstehen der neoliberalen Strömungen ging es den neoliberalen Theoretikern um eine Abschottung politischer Entscheidungszentren gegen Druck von unten. Hierbei vertraten sie parlamentarismuskritische Positionen. Für Friedrich August von Hayek besteht grundsätzlich ein Spannungsfeld zwischen dem von ihm postulierten Primat der wirtschaftlichen Freiheit und den sich aus demokratischen Entscheidungsprozessen ergebenden Prioritäten. Aus einer etwas anderen Perspektive äußerte sich Alexander Rüstow in einer 1945 erstmals veröffentlichten Schrift parlamentarismuskritisch. Dort geißelte er die politischen Parteien der Zwischenkriegszeit als »parlamentarische Agenturen wirtschaftlicher Interessengruppen«¹. Schärfer noch ging Rüstow mit der Rolle von Gewerkschaften ins Gericht. Damit ist das neoliberale Staatsprojekt durch zwei Prioritäten gekennzeichnet: die Entparlamentarisierung der Politik und eine damit verbundene Stärkung technokratischer Strukturen vermeintlich entpolitisierenden Charakters einerseits und die Marginalisierung kollektiver Interessenvertretungen, vor allem der Gewerkschaften, andererseits. Alain Supiot kennzeichnet dies als Konzepte einer »begrenzten Demokratie«. Als ultima ratio ist aber auch der Übergang zum offenen Autoritarismus denkbar.

Hayek selbst hatte bereits Ende der 1930er Jahre die Bildung zwischenstaatlicher Föderationen als förderlich für eine Disziplinierung des

Staates durch Kapitalflüsse und die Zurückdrängung staatsinterventionistischer Politik verstanden. Tatsächlich hatten neoliberale Konzeptionen, speziell durch Vertreter des deutschen Ordoliberalismus, einen maßgeblichen Einfluss auf die institutionelle Ausgestaltung der europäischen Integration. Mit der institutionellen Ausgestaltung der EU haben die nationalistischen Neoliberalen keine prinzipiellen Probleme, allerdings suchen sie die Kompetenzen der supranationalen Ebene zu begrenzen und zentrale Aufgaben auf der nationalstaatlichen Ebene zu verankern.

Wirtschaftspolitik: Wirtschaftspolitisch findet dieses Staatskonzept in einer starken Regelbindung – beispielsweise durch Maximalgrenzen für Budgetdefizite oder Staatsverschuldung – seine Umsetzung. Damit werden die Ermessensspielräume für staatliche Interventionen (und Sozialpolitik) beschnitten. Zu den Prioritäten der Wirtschaftspolitik gehören die Ausweitung des privaten Sektors und niedrige Unternehmens- und Einkommenssteuern. Nationalistische Neoliberale suchen hierbei zentrale Entscheidungen bzw. Regelbindungen auf nationalstaatlicher Ebene zu verankern. So sollen in (semi-)peripheren Ökonomien Standards möglichst gering angesetzt werden, um transnationales Kapital anzuziehen und so die »nationale« Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Auch die Bewahrung nationaler Währungen ist zentral für nationalistisch geprägte Projekte des Neoliberalismus.

Sozialpolitik: Die Sozialpolitik ist an liberalen Sozialstaatskonzepten ausgerichtet: privatkapitalistische Absicherungen für die wohlhabenderen Bevölkerungsgruppen, staatliche Minimalversorgung mit zahlreichen stigmatisierenden Bedingungen für die armen Bevölkerungsgruppen. Faktisch werden viele soziale Sorgetätigkeiten auf weibliche Haushaltsangehörige abgewälzt, so dass diese Sozialstaatlichkeit auch eine verdeckte geschlechterbezogene Schieflage hat. Der nationalistische Neoliberalismus sucht MigrantInnen bei den begrenzten Sozialleistungen noch gezielt schlechterzustellen oder sie vom Bezug überhaupt auszuschließen. Die scharfe Konkurrenz um Sozialleistungen wird also ethnisiert. Bei dem antimigrantischen Zuschnitt gibt es lockere Bezüge zu Konzepten von Hayek, als dieser begann, die Wichtigkeit von Traditionen hervorzuheben. Hayek trat auch politisch mit explizit antimigrantischen Positionen hervor, beispielsweise als er die entsprechenden Positionierungen Thatchers in ihrer ersten Wahlkampagne unterstützte. Später wurde dieser Faden von rechtslibertären Intellektuellen, die Quinn Slobodian als »Hayek's Bastards« bezeichnet, in zunehmend offen rassistischer Weise fortgesponnen.

Gewerkschaftspolitik: Neoliberale TheoretikerInnen sehen Gewerkschaften als den Ausdruck freiheitswideriger Monopolmacht. Daher setzen sie auf individuelle Verträge als Grundlage von Arbeitsbeziehungen. Wenn es Tarifverträge gibt, sollen diese möglichst einen dezentralen Zuschnitt haben. Neokorporatistische Verhandlungsstrukturen stoßen bei Neoliberalen auf Ablehnung.

Ökologie: Ökologische Fragen haben für die nationalistischen Neoliberalen eher spät an Bedeutung gewonnen. Bei ökologischer Politik – deutlich auch bei Fragen der Klimaerhitzung – ist bei nationalistischen Neoliberalen ein Primat der »nationalen« Wirtschaftsinteressen und Wettbewerbsfähigkeit gesetzt, wobei im europäischen Kontext der Autoindustrie oftmals besonderes

Augenmerk geschenkt wird. Damit ist ökologische Politik maximal nachrangig. Sie setzen vor allem auf technologische Entwicklungen. Instrumentell sind sie auf die Nutzung von Preismechanismen orientiert – zum Beispiel durch den Verkauf von Emissionszertifikaten oder auch durch Ökosteuern.

Libertärer Autoritarismus

Konzeptionelle Wurzeln hat der libertäre Autoritarismus in der österreichischen Schule des Neoliberalismus, speziell den Konzeptionen von Hayek. Er bezieht sich aber eher auf die rechten Ränder dieser Schule. Der Ansatz zielt auf eine Radikalisierung der neoliberalen Politik, was in Teilbereichen auch konzeptionelle Brüche beinhaltet. Allerdings liegen in dieser relativ neuen Schule bislang nur konzeptionelle Fragmente vor. Die Praxis ist der Theoriebildung voraus. So können hier nur bestimmte Konturen angedeutet werden.

Staatsprojekt: Das libertär-autoritäre Staatsprojekt setzte auf Brüche nicht nur mit den Institutionen, die noch aus Zeiten des Fordismus (oder in der Semiperipherie der Entwicklungsstaatlichkeit der Epoche der Importsubstitution) stammen, sondern auch mit neoliberalen Institutionen. Damit soll auch mit bisherigen Regulierungsmustern gebrochen werden. Dies setzt sich dann auch im Austritt aus internationalen Abkommen und Organisationen bzw. im Fall Großbritanniens im erfolgreichen Plädoyer für den Austritt aus der EU um. Dies gibt der Staatskonzeption einen nationalistischen Zuschnitt.

Unklar ist jedoch, was an der Stelle des Alten treten soll. In besonders radikalen Versionen, wie sie beispielsweise der rechtsextreme Blogger Curtis Yarvin aus dem Umfeld des Digitalgroßkapitalisten Peter Thiel verfiicht, wird eine politische Ordnung gefordert, an deren Spitze ein König oder Spitzenmanager steht. Doch lassen sich bestehende Institutionen nicht so ohne weiteres umformen. Es ist jedoch zuweilen möglich, Institutionen zu bilden, die einem solchen Ideal nahekommen. Hier wäre das jüngste außenpolitische Großprojekt des US-Präsidenten Donald Trump zu nennen: der »Friedensrat« unter dem Vorsitz von Trump. Wie die ungarische Juristin Renáta Uitz hervorhebt, liegt hier eine »Privatisierung« öffentlicher Gewalten vor. Der »Friedensrat« ist als Konkurrenz zum UN-Sicherheitsrat – und damit zum System der Vereinten Nationen – angelegt. Diese Staatskonzeptionen haben also über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus Relevanz.

Generell geht die Tendenz des libertär-autoritären Staatsprojekts in Richtung »einer Fusion zwischen den dominanten Klassen und dem Staat«, so Marlène Benquet und Théo Bourgeron.² Zu präzisieren wäre, dass es nicht um die dominanten Klassen als Ganze geht, sondern um spezifische Kapitalgruppen, die den direkten Zugriff auf ausgewählte Staatsapparate gewinnen. Eine zentrale materielle Verbindungslinie zwischen privaten Kapitalinteressen und dem Staat läuft über die digitale Infrastruktur und den militärisch-industriellen Komplex. Auch in anderer Hinsicht ist der libertär-autoritäre Staat als Sicherheitsstaat konzipiert, der Dissens unterdrückt und auch wissenschaftliche Institutionen auf Linie hält. In besonders aggressiver Form richtet sich die Repression gegen MigrantInnen (und promigrantische Gruppen). Konzepte des autoritär-libertären Staates gründen nämlich auch auf

»Rassentheorien« sowie »der obsessiven Beschäftigung mit den biologischen Grundlagen der Intelligenz«³. Aufgrund derartiger rassistischer Elemente, autoritärer Staatsvorstellungen wie auch Tendenzen der – speziell antimigrantischen – Gewalt ist ein Potential zur Faschisierung angelegt.

Wirtschaftspolitik: Noch radikaler als im Neoliberalismus gilt für libertär-autoritäre Ansätze das Primat der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit. Auch sind Anschlüsse an Hayeks Ideen einer »Entnationalisierung des Geldes« erkennbar. Denn es gibt eine Propagierung von Kryptowährungen. Die US-Regierung fördert ein Projekt privater Kryptowährung, die mit US-Staatsanleihen unterlegt sind, sogenannten Stable Coins. Die Stable Coins werden, wie Francesca Bria hervorhebt, in den USA jetzt auch als Teil der »Infrastruktur der nationalen Sicherheit« definiert.⁴ Sie sind damit also Teil eines libertär-autoritären Sicherheitsstaates und seiner internationalen Dimension. Es gibt aber noch radikalere Konzeptionen einer privatisierten kryptobasierten Architektur. Diese Vorstellungen bewegen sich dann allerdings aus einem nationalistischen Rahmen hinaus.

Sozial- und Gewerkschaftspolitik: Libertär-autoritäre Ansätze sind gegenüber kollektiver Interessenorganisation und Umverteilungsmechanismen noch ablehnender als neoliberale Ansätze eingestellt.

Ökologie: VertreterInnen der libertär-autoritären Strömung lehnen ökologische Maßnahmen – auch im Bereich der Klimapolitik – ab, da sie die damit verbundenen potentiellen Eingriffe als inkompatibel mit den zentralen Akkumulationsinteressen sehen. Maximal sind für sie freiwillige Märkte für Ökosysteme denkbar.

Nationalkonservatismus

Die nationalkonservative Strömung gewann nach der internationalen Finanzkrise von 2008 ff. an Bedeutung. Einerseits wurden neoliberale Ansätze ökonomisch durch diese Krise desavouiert, andererseits brachte diese auch eine politische Delegitimierung der neoliberalen Depolitisierung der Politik. Diese Abgrenzungen schlugen sich auch in den Konzepten nieder.

Staatsprojekt: Die nationalkonservative Strömung wendet sich explizit von der neoliberalen Depolitisierung der Politik ab und setzt auf Repolitisierung. In Abgrenzung von neoliberalen Staatskonzeptionen, aber auch auf prozedurale Fragen abstellenden liberalen Demokratiekonzeptionen, schlägt der führende polnische nationalkonservative Staatstheoretiker Zdzisław Krasnodębski in seinem Buch »Demokracja peryferii« ein Anknüpfen an republikanische Staats- und Demokratiekonzeptionen vor, bei denen aktives Bürgerengagement und Entscheidungsprozesse auf das »gemeinsame Gute« gerichtet seien. Seine Vorstellungen laufen auf einen nationalen Republikanismus hinaus. Er sieht Nation und Demos in einem engen Zusammenhang. Damit bekommen seine Demokratiekonzepte eine stark nationalistische Färbung. Mit Blick auf die liberalen Positionen kritisiert Krasnodębski, dass in der polnischen Diskussion eher die »Freiheit als der Wille der Mehrheit« in den Vordergrund gestellt worden sei. Tatsächlich stellen Nationalkonservative Wahlen stark in den Vordergrund. Ein Wahlsieg nationaler Kräfte wird als weitreichendes Mandat für die Verfolgung einer nationalistischen Agenda verstanden. Ein solches

Mandat legitimiert eine nationalistische Regierung aus nationalkonservativer Sicht auch zu weitreichenden institutionellen Eingriffen, beispielsweise zu tiefgreifenden Eingriffen in den Justizapparat, um dort den Einfluss der regierenden nationalistischen Kräfte zu stärken. Im Prinzip läuft die nationalkonservative Konzeption auf die Schaffung eines »Parteienstaates« hinaus, in dem die nationalistischen Kräfte die Kommandohöhen des Staates in Beschlag nehmen. Der eng mit Fidesz verbundene ungarische »Rechtsgramscianer« Marton Békés plädiert zudem für den Aufbau einer mit der führenden nationalistischen Partei affinen Zivilgesellschaft, so dass ein »nationaler Block« formiert werden kann. Hierbei vermischt Békés rechtsgewendete und verkürzte Konzepte von Gramsci mit explizit konservativen Begrifflichkeiten. Immer wieder geht es auch um die Bildung einer nationalorientierten »Gemeinschaft«. Als zentrale gesellschaftliche Integrationsmechanismen sieht Békés ganz in konservativer Tradition »Nation« und »Familie«.

Wirtschaftspolitik: Nationalkonservative Intellektuelle suchen sich auch wirtschaftspolitisch – mehr oder weniger scharf – von (neo-)liberalen Positionen abzugrenzen. So schreibt beispielsweise der ungarische Konservative Péter Farkas Zárug, in der wirtschaftlichen Sphäre dürfe es nicht nur um Wettbewerb gehen, sondern auch um Regeln der Solidarität. Sein Solidaritätsbegriff ist konservativ unterlegt. Er bezieht sich auf Solidarität einer Gemeinschaft, als deren Grundlage er die Familie sieht. Das konservative Familienleitbild ist eine traditionelle bürgerliche Familie mit entsprechenden Geschlechterrollen.

Im 19. und frühen 20. Jahrhundert bezogen sich Konservative auf institutionalistische Ansätze – zum Beispiel der Historischen Schule – und auch auf Ansätze, die, wie beispielsweise bei Friedrich List, zur Förderung nachholender Industrialisierung für gezielte Protektionspolitik plädierten. Die aktuellen nationalkonservativen, wirtschaftspolitischen Debatten beziehen sich nicht explizit auf den Institutionalismus, wohl aber teils auf heterodoxe Protektionskonzepte, die auf List zurückgehen. In der industrialisierten europäischen Semiperipherie werden durchaus entwicklungspolitische Ansätze, die eine aktive Rolle des Staates betonen und einen »intelligenten Protektionismus« entwerfen, positiv rezipiert. Hier geht es um wirtschaftspolitische Strategien zur Verbesserung der Position in der internationalen Arbeitsteilung.

Aber auch in deindustrialisierten Staaten des Zentrums haben Nationalkonservative Protektionskonzepte aufgegriffen. In Staaten mit einer stark militarisierten Außenpolitik – wie den USA und Russland – geht es bei Protektion und Reindustrialisierung auch explizit um die Stärkung der Rüstungsindustrie. Die rüstungspolitische Reorientierung der Wirtschaftspolitik hat angesichts der zunehmenden geopolitischen Spannungen inzwischen deutlich über prononciert nationalkonservative Kräfte hinaus Anklang gefunden. Besondere Bedeutung misst nationalkonservative Wirtschaftspolitik der Stärkung des einheimischen, »nationalen« Kapitals – beispielsweise durch entsprechende Ausschreibungs- oder Kreditpolitik – zu. Auch dieser Aspekt hat – angesichts der Geopolitisierung der Wirtschaftspolitik in vielen Ländern – inzwischen Eingang in die Wirtschaftspolitik jenseits explizit nationalkonservativer Kreise gefunden.

Sozialpolitik: Die nationalkonservative Sozialpolitik schließt an die Grundkonzepte konservativer Sozialstaatlichkeit an, die sich stark auf (beschäftigungsbasierte) Sozialversicherungen stützt, bestehende Statusunterschiede festschreibt und konservative Geschlechterrollen zu konservieren versucht. Der wichtigste neue Akzent der nationalkonservativen Sozialpolitik ist der starke Fokus auf eine Familienpolitik, die auf eine nationalistisch, vielfach sogar noch enger ethnonationalistisch grundierte Geburtenförderung ausgerichtet ist. Über die pronatalistische Familienpolitik werden Erhalt der »Familie« und »Nation« zusammengebracht. Die nationalkonservative, pronatalistische Familienpolitik versteht sich explizit als Alternative zum Neoliberalismus. Eng mit diesem Ansatz verbunden sind ablehnende Sichtweisen auf sexuelle Minderheiten und gesellschaftswissenschaftliche Genderansätze. Die »Anti-Gender«-Kampagnen hatten Anfänge im rechtskirchlichen Milieu, haben sich dann aber zunehmend in (stark) rechtsorientierten Strömungen ausgebreitet.

Gewerkschaftspolitik: Konservative Positionen sind offener für kollektive Interessenvertretungen als die neoliberalen Sichtweisen. Gustav Schmoller, ein führender Vertreter der Historischen Schule, erkannte beispielsweise die Notwendigkeit klassenbasierter Organisationen an, wollte diese aber über Staat und Gesetz zum (konservativ verstandenen) Wohle der Gesellschaft kanalisieren. Neokorporatistische Formen der Interessenkonzentration sind aus (national-)konservativer Sicht dem nationalen Interesse potentiell durchaus förderlich. Aus einer aktuell stark politisierten nationalkonservativen Perspektive sind Gewerkschaften ein potentieller Teil eines »nationalen Blocks«, so Márton Békés.

Ökologie: Auch für den aktuellen Nationalkonservatismus gilt, dass er erst in den letzten Jahren und mit der intensivierten ökologischen Debatte – und einigen praktischen Folgen, wie dem »Green Deal« der EU – ökologischen Fragen größere Bedeutung beizumessen begann. Auch hier ist insgesamt ein Primat für die Kapitalakkumulation zu erkennen – wenngleich zumindest konzeptionell stärker durch andere gemeinschaftliche und nationale Zielsetzung bedingt. Die konservativen ungarischen Umweltspezialisten Bakus und Hortay stellen hierbei sogar das »gute Leben« heraus.

Faschismus

Aktuell gibt es eine zunehmende Debatte, inwieweit sich auf der extremen Rechten faschistische Kräfte und Machtprojekte herausbilden. Hierbei wird in Rechnung gestellt, dass sich die politischen und sozioökonomischen Strukturen der Zwischenkriegszeit, in denen sich der klassische Faschismus herausbildete, und der heutigen Zeit unterscheiden. Die kritischen Faschismustheorien haben sehr stark auf die politischen Charakteristika sowie die Klassenbasis des Faschismus abgestellt. Auch die aktuelle Debatte bezieht sich sehr stark auf politische Grundzüge des Faschismus bzw. von Tendenzen der Faschisierung. Deswegen sollen auch hier die Charakteristika faschistischer Staatsprojekte im Vordergrund stehen.

Kühnl stellt heraus, dass sich der klassische Faschismus auf die Bildung von Massenbewegungen und einer Vielzahl von Unterorganisationen stützte.⁵ Diese seien durch ein starkes »Führerprinzip« geprägt gewesen. In den letzten

Jahrzehnten ist allerdings ein Bedeutungsverlust von Massenbewegungen zu verzeichnen, und frühere Massenparteien sind auf deutlich kleinere Mitgliederbestände geschrumpft. Diese Tendenzen gelten auch für die nationalistische Rechte.

Faschistische Staatlichkeit war historisch durch Einparteienregime und durch ein sehr hohes Maß politischer Repression geprägt. Poulantzas stellt heraus, dass die repressiven Apparate, im speziellen die politische Polizei, eine besonders hervorgehobene Rolle im faschistischen Staat spielten.⁶ Er argumentiert, dass die faschistische Partei ein gewisses Maß der Autonomie behalte. Sie nehme eine Kontrollfunktion im Staat wahr. Die »Familie« werde zu einem zentralen Bezugspunkt der ideologischen Staatsapparate. Die offene Propagierung derartiger Formen faschistischer Staatlichkeit provoziert juristische Reaktionen parlamentarisch-demokratischer Staaten – und ist die Ausnahme. Parteien, die explizit das faschistische Erbe für sich reklamieren, sind derzeit (noch) ein relativ marginales Phänomen. Subtilere Verbindungen können aber durchaus gegeben sein. So bemerken die italienischen Juristen Nello Rossi und Armando Spataro im Hinblick auf das Staatsprojekt der italienischen Fratelli d'Italia, das auf die Schaffung eines »allumfassenden« Premierministeramtes mit einer starken Kontrolle über die anderen Staatsorgane zielt: Dies komme zwar nicht direkt aus dem Faschismus, wohl aber aus »dem zutiefst autoritären Humus des Movimento Sociale Italiano der siebziger und achtziger Jahre«. Der Movimento Sociale war die Nachkriegspartei der italienischen FaschistInnen, und hieraus gingen über Zwischenstationen auch die Fratelli d'Italia hervor.

Als ein zentrales Charakteristikum des Faschismus ist die Verbindung von teils extremer politischer Gewalt und ausgeprägtem Rassismus zu sehen. Die politische Gewalt hat sich historisch vor allem einerseits gegen den politischen Hauptgegner, die Linke, gerichtet und war andererseits stark rassistisch geprägt. Sie nahm teils Formen des Genozids an, im Fall des Nazifaschismus bis zum Extremfall der Shoah.

Eigene paramilitärische Formationen der extremen Rechten, wie sie für den klassischen Faschismus charakteristisch waren, sind derzeit bei rechtsextremen Parteien die Ausnahme. Es gab sie beispielsweise bei der ungarischen Jobbik bzw. gibt sie aktuell im Umfeld der ungarischen Mi Hazank. Ein Teil der weit rechts stehenden Parteien bewegt sich in einem Umfeld gewalttätiger rechtsextremer, teils offen faschistischer Gruppen. Dieses gewalttätige Milieu wächst an vielen Orten. In den USA wurde ein solches Milieu mobilisiert, um Anfang Januar 2021 zentrale Regierungseinrichtungen zu stürmen, als die Präsidentschaftswahl nicht im Sinne der libertär-autoritär orientierten Strömung ausgefallen war. Spezialisierte staatliche Agenturen gehen unter der Regierung Trump II gezielt mit massiver Gewalt gegen MigrantInnen vor. Tendenzen zunehmender außerstaatlicher und staatlicher Gewalt weit rechts stehender Kräfte, speziell gegen MigrantInnen, sind also derzeit unverkennbar. Hierin liegt ein Potential der Faschisierung.

Im klassischen Faschismus waren unterschiedliche und auch sich verändernde Muster der Wirtschaftspolitik festzustellen. Im Nazifaschismus nahm die Ausschaltung einer bestimmten Gruppe, nämlich der JüdInnen, aus dem Wirtschaftsleben durch die sogenannte »Arisierung« extreme Formen an. Auch

die faschistische Sozialpolitik zeichnete und zeichnet sich durch starke Ausschlüsse und Diskriminierung aus. Die Orientierung auf die »Volksgemeinschaft« war ein Zug nazifaschistischer Sozialpolitik. Mit eugenischem Gedankengut begründete Gewalt bis hin zur gezielten Ermordung von Behinderten gehörte ebenfalls zur nazifaschistischen Politik. Bezogen auf die Ökologie ist eine starke Technikfaszination und Technooptimismus des historischen Faschismus festzuhalten. Hier sind durchaus Parallelen zu manchen Ausprägungen des libertären Autoritarismus zu sehen.

Anmerkungen

1 Alexander Rüstow: Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus. Marburg 2001, S. 132

2 Vgl. Marlène Benquet und Théo Bourgeron: La finance autoritaire. Ver la fin du néolibéralisme. Paris 2021, S. 124

3 Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey: Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus. Berlin 2025, S. 269

4 Francesca Bria: Le coup d'État de la tech autoritaire. In: *Le Monde diplomatique*, 72 (860), 1/11, 2025, S. 11

5 Vgl. Reinhard Kühnl: Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus - Faschismus. Reinbeck 1971, S. 154 ff.

6 Vgl. Nicos Poulantzas: Fascisme et dictature. Paris 1974, S. 371

<https://www.jungewelt.de/artikel/523526.rechte-strömungen-feine-unterschiede.html>